



Der Betrieb von Kindergärten wie hier in Uphusen kostet die Stadt viel Geld. Noch immer fehlen hunderte Plätze. ■ Archivfoto: Hägermann

Nach „Achterbahnfahrten“ finanzieller Kollisionskurs?

Stadtrat streitet über Doppelhaushalt / Selbst in Fraktionen uneinheitliches Bild

Von Michael Mix

ACHIM - Die besinnlich-weihnachtliche Stimmung bei bunten Naschtellern und Vladimir Kozyrews Akkordeonmusik, organisiert von der FDP-Fraktion, war schnell dahin. Bei den Beratungen des Stadtrats zum Achimer Doppelhaushalt 2019/20 und zum Investitionsplan bis 2023 prallten gegensätzliche Standpunkte aufeinander. Anträge von SPD und CDU verkomplizierten noch die Gemengelage.

Zwar stimmte am Ende dann doch etwas überraschend eine deutliche Mehrheit für das Zahlenwerk, aber bis dahin ging es am Dienstagabend im Ratssaal fast zwei Stunden lang kontrovers zur Sache. Sogar innerhalb von Fraktionen, bei der CDU und den Grünen, bewerteten Kommunalpolitiker Achims Finanzlage unterschiedlich. Bürgermeister Rainer Ditzfeld (parteilos) hatte zu Beginn um Zustimmung zum Haushalt geworben. Die Gewerbesteuererinnahmen seien die „große Unbekannte“. Der Ansatz für dieses Jahr habe bei 18 Millionen Euro gelegen, nun rechne der Kämmerer mit einem Zufluss

von 19 Millionen Euro. Für 2019 seien 19,8 Millionen Euro veranschlagt. „Ob wir das erreichen, steht in den Sternen“, sagte Ditzfeld und kam auf die Ausgabenseite zu sprechen. Zwar könne die Stadt in den kommenden Jahren Investitionen nur mit Hilfe von Darlehen stemmen, aber dafür würden auch Werte geschaffen. „Andere Kommunen nehmen Kredite auf, um Mitarbeiter zu bezahlen.“

Der Bürgermeister zeichne ein zu positives Bild, bemängelte SPD-Fraktionschef Herfried Meyer. Die Etatberatungen in den Fachausschüssen hätten Achterbahnfahrten geglichen. Der Haushalt 2019 umfasse 68 Millionen Euro, 15 Prozent mehr als dieses Jahr. Die Stadt sei auf eine weiter gute Konjunktur und niedrige Zinsen angewiesen. Die Personalkosten stiegen 2020 auf 40 Prozent des Budgets. Der vom Land beschlossene gebührenfreie Kindergartenbesuch falle den Kommunen zur Last.

Dennoch beantragte Meyer, in einem leerstehenden Hortraum der Grundschule Uphusen zum 1. August 2019 eine Kita-Gruppe einzurichten. Denn gerade in dem

Ortsteil fehlten Plätze.

Insgesamt 160 000 Euro müsste die Stadt dafür 2019 und 2020 aufwenden, sagte Kämmerer Peter Hollwedel. Der Haushalt würde damit ins Minus rutschen, er wäre aber noch genehmigungsfähig.

Die Ratsmehrheit lehnte den Antrag ab. Das Ansinnen der SPD, dass die Verwaltung „alle Maßnahmen“ prüfen sollte, um das Angebot an Krippen- und Kita-Plätzen im Stadtgebiet zu erhöhen, wurde jedoch unterstützt.

Achim befände sich auf einem finanziellen Kollisionskurs, warnte Philip Nürnberg (CDU). Er sprach von teuren, fragwürdigen Projekten wie der Lieken-Planung. Daraus könnten Steuererhöhungen für die Bürger erwachsen. Nürnberg bekannte aber auch, dass es in der Fraktion unterschiedliche Meinungen zum Haushalt gebe.

Christdemokrat Volker Wrede beantragte, durch einen neutralen Gutachter prüfen zu lassen, ob die Stadt noch aus den Verträgen zur Lieken-Bebauung aussteigen könne und ob der Investor W&S bereit sei, sein ursprüngliches Konzept mit einem Einkaufszentrum umzusetzen. Auch FDP, WGA und sogar der Grüne Jürgen

Kenning befürworteten das, dennoch scheiterte dieser Vorstoß knapp mit 17:19 Stimmen. Die Lieken-Planung mit Wohn- und Gewerbebauten lasse doch erhebliche Steuereinnahmen erwarten, merkte Silke Thomas (Grüne) an.

„Der Doppelhaushalt ist nicht ehrlich“, äußerte dagegen Kenning. Schon bald drohten „Millionenlücken“. Die Stadt werde nicht umhin kommen, die Grund- und Gewerbesteuern zu erhöhen.

„Steuererhöhungen sind das allerletzte Mittel“, erwiderte Wolfgang Heckel (WGA). Die AG Haushalt habe hervorragende Arbeit geleistet, lobte er.

Hans Baum (FDP) zeigte sich „ein bisschen frustriert darüber, was nach unserer sehr guten Fraktionsrunde nach dem Finanzausschuss geschehen ist“. Leider habe die SPD die verabredeten Streichungen nicht ausgehalten.

Schließlich stimmten SPD, Grüne (bis auf Kenning), WGA, Rainer Bohl, Isabel Gottschewsky und Annameta Rippich (alle CDU), Larne Sprenger (fraktionslos) und Bürgermeister Ditzfeld für den Finanzplan. Die Mehrzahl in der CDU-Fraktion und die FDP waren dagegen.